

Hartz IV und die Neonazidemagogie

Friedberg 20.07.2005

I Nazis greifen richtige Kritik an Hartz IV auf

"Nutznießer des Sozialraubs ist das Kapital, das schon lange eine weitere Verbilligung der Ware Arbeitskraft anstrebt." (www.agenda2010.de npd-jena) Gemeint ist Hartz IV. Ein Satz, der zweifellos richtig ist.

Ein Satz, der nicht von "Linken", stammt, sondern von Nazis.

Tatsächlich besteht der letzte Zweck aller Hartzgesetze darin, die Lohnkosten zu senken (siehe III). Die NPD beklagt, dass es den Menschen mit Hartz schlechter, nicht besser geht und dass man von dem Geld nicht anständig leben kann.

Sie greift an, dass Ein-Euro-Jobs entwürdigend sind und dass Hartz IV ein Verelendungsprogramm darstellt.

Die NPD in Sachsen äußerte ihre *"grundsätzliche Ablehnung der unsozialen Hartz-Gesetze"*.

Solche Aussagen werden nicht dadurch falsch, dass sie von Nazis stammen. Umgekehrt: Nazis greifen richtige Aussagen auf, um einen Zugang zu Menschen zu finden, die gegen Hartz IV protestiert haben.

II Nazis stellen sich als Systemgegner hin

In Schwerin fand eine "nationale Demonstration" unter der Losung statt: "Weg mit Hartz IV - Das Volk sind wir." In Weißwasser gab es eine Demonstration unter dem Motto: "Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national." Gegen Kapitalismus - Für nationalen Sozialismus, heißt eine weitere Parole.

Das Ganze geht so weit, dass Gegner der Nazis als Menschen bezeichnet werden, die das System verteidigen und die ein Bekenntnis zum Kapitalismus ablegen würden, weil sie die Nazis bekämpfen. Die NPD stellt sich als die einzige Kraft hin, die das System bekämpft.

"Jetzt Nationaler Sozialismus - Nein zur Agenda 2010, Kapitalismus und Globalisierung!" Die NPD will als Protestpartei gegen Hartz IV dastehen, um als Partei Stimmen zu bekommen, die den Protest gegen das etablierte Parteiensystem" (NPD-Zentrale in Wattenscheid) organisiert.

Holger Apfel (NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag): *"Die Leute sollen merken, dass wir die einzige Partei sind, mit der sie noch Protest wählen können."* (Berliner Zeitung 5.2.2005) Die NPD bedient sich linker Vokabeln wie Kapital, Sozialismus, Ausbeutung, tritt für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ein usw. und tritt als Oppositionspartei auf, die in scharfem Gegensatz zu System der Altparteien steht.

Sie will sich an die Spitze der sozialen Bewegung stellen, um sich als Partei zu stärken.

III) Nazis stellen weder die Ursachen dar, warum das Kapital Sozial- und Lohnabbau über Hartz IV organisiert, noch stellen sich mit entsprechenden Forderungen dagegen.

Die im Bundestag vertretenen Parteien nutzten diesen Umstand aus, um die Proteste gegen Hartz IV in die Nähe des Faschismus zu rücken und die Kräfte, die gegen Hartz IV antraten, zu schwächen.

Aber: Gemeinsamkeiten existieren nur auf der Oberfläche.

Die NPD und alle faschistischen Organisationen knüpfen an die Kritik gegen Hartz IV **nur** an, um aus all dem nationalistische Schlussfolgerungen zu ziehen und den Kampf gegen Hartz IV gegen Lohnarbeiterrinnen ausländischer Nationalität zu richten.

"Nutznießer des Sozialraubs ist das Kapital, das schon lange eine weitere Verbilligung der Ware Arbeitskraft anstrebt." (www.agenda2010.de npd-gera) Wie das Kapital mit den Hartz-Gesetzen die Verbilligung der Ware Arbeitskraft anstrebt und warum - darüber erfährt man bei der NPD nichts.

Die Hartz-Gesetze sind Gesetze, mit denen die Profite des Kapitals erhöht werden sollen. Das wiederum wird als Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft, weil die Nachfrage nach Arbeitskraft steigen, wenn man aus ihrer Nutzung höhere Profite ziehen könnte.

Hartz I fördert die Leiharbeit und damit den Ersatz von Stammbeschäftigten durch befristet eingestellte Arbeitskräfte je nach Bedarf.

Hartz II macht MiniJobs möglich, mit denen die Abgaben an die Sozialversicherungen gesenkt werden können und die Arbeitszeiten bei gleicher Bezahlung erhöht werden können. Mit Ich-AG's, d.h. subventionierten Kleinunternehmen, die aus einer Person bestehen, können Aufträge billiger eingekauft werden, z.B. im Baugewerbe.

Hartz III ermöglicht den Aufbau einer neuen Behörde für Langzeitarbeitslose.

Hartz IV schaffte die Arbeitslosenhilfe ab, die in der Regel oberhalb des Sozialhilfeniveaus lag und senkte die neue Unterstützung Arbeitslosengeld II unter das bisherige Sozialhilfeniveau. Die Bezugsdauer

er des Arbeitslosengelds wird verkürzt, damit Lohnarbeiterinnen möglichst in die Mühle von Hartz kommen.

Das Sozialhilfeniveau stellt eine Art Mindestlohn dar. Wird dieser gesenkt, erhöht das den Druck auf das allgemeine Lohnniveau. Hartz IV macht Löhne zumutbar, die bis zu einem Drittel unter Tarif liegen und erzwingt die Annahme solcher Arbeitsstellen mit der Drohung, ansonsten die Leistung für drei Monate um 30% zu kürzen.

Ein-Euro-Jobs werden ausgebaut, die die Personalkosten u.a. für Kommunen senken.

Hartz IV entspricht langjährigen Forderungen des Kapitals. Es wundert nicht, dass Hartz IV dem Kapital nicht weit genug geht.

Ein Deutscher mit dem schönen polnischen Namen Rogowski, der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, verlangte schon nach Hartz V, bevor Hartz IV in Kraft trat. Damit meinte er die drastische Senkung des Regelsatzes von Alg II.

Bertelsmann - Stiftung, die Inhaberin des Bertelsmann-Konzerns will sogar die völlige Streichung des Regelsatzes. Die CDU strebt Lohnsenkungen von 10-15% in ihrem Programm an.

Ziel des Kapitals ist eine massive Senkung der Leistungen von Alg II, die eine Art Mindestlohn definieren, und die Beseitigung der Flächentarifverträge.

Wenn man tatsächlich gegen die Verbilligung der Ware Arbeitskraft wäre, wie es Nazis vorgeben, müsste man nicht nur die Ursachen und Zusammenhänge darstellen, warum das Kapital Sozialraub betreibt, sondern auch Forderungen aufstellen, die dem entgegenwirken: Man müsste a) eine Erhöhung der Regelsätze fordern, von denen man nicht leben kann und b) für die Einführung eines ausreichenden gesetzlichen Mindestlohns eintreten, z.B. von zehn Euro die Stunde.

Die NPD dagegen stellt keine einzige Forderung gegen die beabsichtigte Wirkung von Hartz IV auf, weder gegen Sozialabbau noch Lohnabbau. Von daher ist es Demagogie, wenn sie die Parole Weg mit Hartz IV aufstellt.

Mit dem lauten Getöse des Kampfs gegen das System, das Kapital, gegen die etablierte bürgerlichen Parteien will die Partei Arbeiter und Arbeitslose ansprechen. Es gelingt ihr auch bis zu einem gewissen Grad.

Das Ziel ist aber eindeutig, die Spitze des Kampfs gegen Hartz IV nicht gegen das Kapital, sondern gegen ausländische Lohnarbeiterinnen und ausländische Hartz IV-Empfänger, sowie generell gegen das Ausland zu richten.

IV Statt Kampf gegen Hartz IV - Kampf gegen Ausländer

Die NPD lehnt Hartz IV also nicht grundsätzlich ab. Sie empfiehlt nur eine andere Politik.

"Es bedarf nur einer Umkehr in der Globalisierungs- und Ausländerpolitik, um Millionen neuer Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen." (Udo Voigt, NPD-Vorsitzender Nationalzeitung 36/2004)

Was bedeutet das?

a) "Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche."

Um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, kämpft die NPD für die Verringerung der Zahl der Arbeiter.

Deutsche Lohnarbeiterinnen sollen ausländische Lohnarbeiterinnen vertreiben. Die Partei verspricht:

"Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei." (Faltblatt der NPD Sachsen) Wenn darin die Lösung liegt, dann muss man alles daran setzen, den beschäftigten Einwanderern das Leben so schwer wie möglich zu machen, damit sie endlich nach Hause gehen.

Der Protest gegen Hartz IV wird genutzt, um für dieses Ziel Anhänger zu gewinnen.

Ihr wahrer Feind ist nicht das Kapital, sondern der ausländische Arbeiter.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit wird in der Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander gesehen.

Das ist der Standpunkt des Kapitals. Es erklärt Arbeitslosigkeit damit, dass Arbeitskräfte für die Käufer der Ware Arbeitskraft nicht konkurrenzfähig genug wären. Von Standpunkt einer einzelnen Arbeitskraft gesehen, ist da natürlich was dran.

Die Konkurrenz existiert. Wenn sich 200 Personen auf zehn Stellen bewerben, sieht es so aus, als hätten die, die die Stellen bekommen, den anderen den Arbeitsplatz "weggenommen".

Insoweit nehmen Jüngere den Älteren den Arbeitsplatz weg und umgekehrt. Frauen nehmen Männern den Arbeitsplatz weg usw., Ossi den Wessi usw.

Entscheidend aber ist, dass das Kapital insgesamt, ob in Deutschland oder anderswo, immer mehr Menschen aufgrund des technischen Fortschritts und mit Hilfe von Konzentration und Fusionen als Arbeitskräfte freisetzt. Von 1991 bis 2004 ist die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze in Deutschland um 20% oder um sechs Millionen Stellen zurückgegangen. Die verbleibenden Stellen sind in höherem Maße als vorher nur befristet bzw. Leiharbeitsstellen (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juli 2005, 16, 21). Die

Krisen, die das Wirtschaftssystem erzeugt (1992-1993; 2001- 2003), tun ihr Übriges, um die Arbeitslosigkeit hochzuschrauben.

Je mehr Arbeitskräfte arbeitslos werden, desto mehr wächst die Konkurrenz unter ihnen. Darüber wird der Lohnabbau vorangetrieben, die gegenseitige Unterbietung. Die Lohnabhängigen haben Interesse daran, der Konkurrenz entgegenzuwirken, das Kapital nicht.

Die Konkurrenz noch zu schüren, erleichtert Entlassungen und Lohnabbau. Weil die NPD die Konkurrenz unter Arbeitskräften schürt, betreibt sie das Geschäft des Kapitals.

Im übrigen tritt die NPD auch für die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsleben ein. *"Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen- und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht. Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhalb der Familie arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie vollaustet."* (NPD-Programm) So kann man natürlich auch Arbeitsplätze freimachen. Auch die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsleben wird mit "nationalen" Interessen begründet. Das soll die Erhaltung des deutschen Volkes und gesunder deutscher Familien fördern.

b) "Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche." (Faltblatt der NPD-Sachsen: "Quittung für Hartz IV: jetzt NPD.")

Die Quittung für Hartz IV sollen die nicht-erwerbsfähigen Einwanderer bekommen, die Sozialhilfe beziehen.

Aber natürlich auch die ausländischen Alg II - Bezieher. Auf ihre Kosten kann man das Sozialsystem sanieren, wenn sie nur dazu gebracht werden können zu gehen.

Aber wie bringt man sie dazu zu gehen? Da muss man sich was einfallen lassen. Angriffe, Drohungen, Einschüchterungen usw. sind angesagt.

Damit sollen sich die Hartz IV-Empfänger deutscher Nationalität beschäftigen. Nicht damit, was man gegen die Angriffe des Kapitals auf die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiterinnen insgesamt unternimmt. Wenn es gelingen würde, eine nennenswerte Zahl von Einwanderern zu vertreiben, die Alg II beziehen, so das Versprechen, dann bestünde keine Notwendigkeit mehr, bei Deutschen Arbeitslosen zu kürzen. Die NPD-Jena klagt zwar, dass die Einnahmeseite des Staates vor allem durch Steuergeschenke an die Großindustrie und die Banken katastrophal sei. Die NPD stellt aber keinerlei Forderungen nach Rücknahme der Senkung der Gewinnsteuern auf und unterstützt damit die Ausplünderung der Staatsfinanzen durch das Kapital.

Sie biedert sich dem Kapital an, indem sie eine nationalistische Variante des Sozialabbaus fordert.

c) Keine Sozialleistungen mehr für Ausländer

z.B. *"Kindergeld als volkspolitische Maßnahme des Staates darf nur an deutsche Familien ausgezahlt werden."* (Programm NPD)

"Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszuzuliefern."

d.h. Keine Zahlungen von Arbeitslosengeld, von Renten und Gesundheitsleistungen an Ausländer. Das ist die nationale Variante, um die "Lohnnebenkosten" im Interesse des Kapitals zu senken. Ferner kann man damit die staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungen herunterfahren.

d) Stimmungsmache gegen Ausländer statt gegen die Verursacher von Hartz IV

"Es darf nicht sein, dass ein Arbeiter über viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und dann bei Arbeitslosigkeit gleich gestellt wird mit Sozialparasiten, ausländischen Zuwanderern oder Asylanten, die noch nie etwas in die Sozialkassen eingezahlt haben." (NZ 36/2004)

Es wird nicht angegriffen, dass die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Interesse des Kapitals den ökonomischen Druck ausüben soll, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, sondern dass es entwürdigend sei, dadurch eher mit Ausländern in Berührung zu kommen.

Das lenkt von den Interessen des Kapitals ab. Die Wut wird gegen Ausländer gelenkt.

Die NPD nimmt auch gegen Ein-Euro-Jobs Stellung, indem sie den Hass auf Ausländer schürt. Sie klagt an, dass dann Deutsche Arbeitslose z.B. vor Asylantenheimen Dreck wegmachen machen, während die Asylanten aus dem Fenster zuschauen.

Die Wut wird auch ins Nationalistische umgeleitet, als ob Asylanten irgendetwas damit zu tun hätten, dass das Kapital in Deutschland die Ein-Euro-Jobs ausdehnt.

Hauptzweck ist ein Angriff auf die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes und der Wohlfahrtsverbände. Personalausgaben sollen gesenkt werden, um weitere Gewinnsteuersenkungen durchsetzen zu können. Darum geht es und nicht um die Demütigung der Deutschen vor Ausländern.

V) Nazis helfen dem Kapital, Sozial- und Lohnabbau durchzusetzen

Nazis sind also nicht allgemein gegen Sozialabbau bei Lohnabhängigen, sondern gegen Sozialabbau bei Deutschen.

Sie sind nicht allgemein gegen Arbeitslosigkeit, sondern nur gegen die Arbeitslosigkeit von Deutschen. Aber auch das ist nur ein Teil der Wahrheit.

Dass ausländische Lohnabhängige zum Feind der deutschen Lohnabhängigen erklärt werden, wirkt auf diese zurück. Sie werden daran gehindert, gegen die wirklichen Verursacher von Hartz IV zu kämpfen. Lohnarbeiterinnen werden gegeneinander aufgehetzt, damit sie als Ganze geschwächt werden, sich innerlich zerfleischen und an Kraft verlieren, sich gegenüber dem Kapital zu behaupten.

Die gesamte Ideologie der NPD ist darauf aufgebaut, die Widersprüche zum Kapital, dem Organisator und Nutznießer von Hartz IV, zuzukleistern und statt dessen andere Widersprüche aufzureißen.

Am 1. Mai marschierte die NPD in Neubrandenburg für ein **"Bekenntnis zu seelischer und geistiger Gemeinsamkeit aller Volksgenossen."** Also Volksgenosse Hundt, Volksgenosse Sinn, Volksgenosse Schröder und andere Volksgenossen sind als Deutsche mit dem Arbeiter Meier mehr verbunden, als Meier mit seinem Kollegen Yildirim. Obwohl Volksgenosse Hundt Lohnsenkungen und Sozialabbau für alle Arbeiterinnen durchsetzen will.

Wer aber die geistige Gemeinsamkeit mit dem Kapital predigt, sofern es nur von Deutschen besessen wird, ist ein Handlanger des Kapitals, auch wenn er ein paar verbale, aber folgenlose Ausfälle gegen das Kapital startet.

Im NPD-Parteiprogramm steht wahrheitsgemäß: *"Ziel der nationaldemokratischen Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum."* Die NPD predigt die Volksgemeinschaft in sozialer Gerechtigkeit, wie alle bürgerlichen Parteien.

Unter sozialer Verpflichtung ist der fromme Wunsch zu verstehen, dass das Kapital sich gefälligst nur an Ausländern vergreifen soll, nicht an Deutschen.

Zweck des Kapitals ist aber weder, Arbeitsplätze für alle schaffen, noch: Arbeitsplätze nur für Deutsche zu schaffen.

Das Kapital beschäftigt Lohnarbeiterinnen nur, um sich selbst zu "beschäftigen", d.h. zu höchstmöglichen Renditen zu vermehren.

Illusionen in das Kapital kann man auf soziale und auf nationalistische Art schüren. Illusionen in die soziale Verantwortung des Kapitals sind die gemeinsame Quelle faschistischer und anderer bürgerlicher Ideologien.

Nazis sind gerissen genug, um zu wissen, dass besonders im Osten ein paar hohle Phrasen gegen das System, gegen den Kapitalismus usw. eher verfangen als im Westen. Deshalb spielt die Partei dort auch eher die „sozialistische“ Karte.

In Wirklichkeit aber ist die NPD selbst eine Partei des Kapitals, getarnt als nationale Partei, als "deutsche" Partei.

Nur: Was ist von einer nationalen Partei zu halten, die die Mehrheit der Bevölkerung, die Lohnarbeiterinnen, dem deutschen und ausländischen Kapital wehrlos ausliefern will? Die Kapitalismuskritik ist schnell beiseite geworfen, wenn Voigt in der üblichen Großschwätzeri a la Hartz erklärt: *"Es bedarf nur einer Umkehr in der Globalisierungs- und Ausländerpolitik, um Millionen neuer Arbeitsplätze für Deutsche zu schaffen."* (NZ 36/2004) Alle Parteien des Kapitals glauben, dass es nur eine Frage der richtigen Politik wäre, auf dem Boden des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Voigt ist insoweit ein bürgerlicher Politiker wie andere auch, die die Ursachen der Arbeitslosigkeit der jeweils anderen Partei in die Schuhe schieben.

"Wer wirklich nachdenkt, begreift schnell, dass Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal ist. Wenn in Deutschland nationale Politik gemacht würde, wenn deutsches Geld für deutsche Aufgaben eingesetzt und die Globalisierung gestoppt würde, wäre genug Arbeit da." (NZ 36/2004) Geld wäre genug da, wenn es nicht für fremde, d.h. nicht - deutsche Interessen eingesetzt würde.

NPD-Jena: *"der Aufenthalt fremdländischer Menschen in der BRD verursacht jährlich ein Defizit im BSP von einigen hundert Milliarden Euro."* Die Gefahr kommt immer aus dem Ausland, insbesondere vom Aufenthalt fremdländischer Menschen in Deutschland. Wären Deutsche unter sich, gäbe es keine Probleme.

Dass die entwickelten kapitalistischen Länder zu Einwanderungsländern geworden sind, entspringt aber gerade der Kapitalverwertung, die ab einem gewissen Punkt nicht mehr nur mit einheimischen Arbeitskräften betrieben werden konnte. Deshalb wurde Deutschland zum Einwanderungsland. Vor dem ersten Weltkrieg schon und nach dem zweiten Weltkrieg. Das galt ja auch für den Hitlerfaschismus selbst.

Vollbeschäftigung ist ferner auf dem Boden des Kapitalismus nicht dauerhaft möglich, da das Kapital im Laufe seiner Entwicklung immer mehr Menschen freisetzt, die es nicht mehr braucht. Das ist ja auch der Grund, der den Druck auf Auswanderung erzeugt.

Nazis haben also den Herrschenden in verschiedener Weise dabei genutzt, Hartz IV durchzusetzen. Nicht zuletzt, weil es den Herrschenden die Möglichkeit gab, die Proteste gegen Hartz IV zu diffamieren und auch insoweit, als sie der DGB-Führung als Vorwand dienten, sich nicht zu den Montagsdemonstrationen aufzurufen, weil sich Nazis daran beteiligt haben.

Die DGB-Führung lässt sich aber nicht davon abhalten, an die soziale Verantwortung des Kapitals zu appellieren, bloß weil die Nazis das auch machen.

VI) Nazis für höhere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Auch die Nazis wollen Deutschland "wettbewerbsfähiger" machen und an die Weltspitze bringen. Allerdings im Alleingang in offener Feindschaft zu den USA, sowie zu Frankreich, Großbritannien usw., d.h. der EU. Das sind gewissermaßen traditionalistische Methoden, die die veränderten Kräfteverhältnisse auf der Welt nicht berücksichtigen. Das Ziel aber, Deutschland wieder an die Spitze zu bringen, ist dasselbe wie das der Bundesregierung.

Auch deshalb haben Nazis auf unseren Demonstrationen gegen die Agenda 2010 nichts zu suchen, die ja dasselbe Ziel verfolgt, nur mit anderen Mitteln.

VII) Nazis verteidigen den Hitlerfaschismus, der massiven Sozial- und Lohnabbau bedeutet hat

Hartz IV fördert Sozialabbau letztlich, um einen Schritt auf Beseitigung der Flächentarifverträge zu unternehmen.

Die NSDAP hat Flächentarifverträge 1934 abgeschafft, um Lohnsenkungen für alle Lohnarbeiterinnen durchzusetzen. Damals waren es überwiegend deutsche Lohnabhängige, denen zugunsten der Interessen von Thyssen, IG Farben und Deutscher Bank das Fell über die Ohren gezogen wurde.

Als Sündenbock wurden damals die Juden aufgebaut, denen nach und nach die Arbeitsplätze genommen wurden und die nach und nach aus dem Sozialleistungssystem ausgeschlossen wurden.

Kürzung der Fürsorgeleistungen aber gab es dennoch auch für alle Deutschen.

Weil es der NPD auch heute darum letztlich darum geht, die Lebensverhältnisse aller Lohnarbeiterinnen zu verschlechtern, rechtfertigen sie den Hitlerfaschismus "*Deutschland braucht um seiner Zukunft willen ein nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt.*" (Gegen moralische Selbstvernichtung unserer Nation; Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung) Bekanntlich regierte zur Zeit des Faschismus das Kapital auf terroristische Art, um die Weltwirtschaftskrise durch massiven Lohn- und Sozialabbau in seinem Profitinteresse zu "lösen".

Das soll auch heute akzeptabel gemacht werden.

Gegen den Faschismus aber ist Hartz IV nur ein Kinkerlitzchen.

Trostpflaster war, dass der Hitlerfaschismus die Arbeitslosigkeit zeitweise mit verschiedenen Mitteln beseitigt hat. Einmal durch die massive Ausdehnung von Arbeitsdienst und Wehrmacht. Ferner durch die kreditfinanzierte Aufrüstung, mit der der Krieg vorbereitet wurde. Die Parole "Sozial ist, was Arbeitschafft", diente dazu, dem Faschismus, der den Lebensstandard trotz Wirtschaftsaufschwung gesenkt hat, ein soziales Mäntelchen umzuhängen.

VIII Faschismus bedeutet Krieg

"*Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.*" So steht es im Programm der NPD. Sie tritt gegen die "bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete" ein und für die Revision der Grenzankennungsverträge. Ostdeutschland liegt für die Nazis in Polen. Die ehemalige DDR wird als Mitteldeutschland bezeichnet.

Der Nationalismus wird also auch gebraucht, um den Hass zu erzeugen, der notwendig ist, um Deutschland auf Kosten des Auslands zu stärken.

Das Kapital setzt zur Zeit auf die europäische Karte, weil es durch die schmerzliche Niederlage in zwei Angriffskriegen begriffen hat, dass es nicht möglich ist, im Alleingang die Weltspitze gegen die USA zu erobern. Europa unter deutscher Führung war aber im übrigen auch schon Hitlers Ziel.

"*Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ... Deutschland zurück an die Weltspitze zu führen - ökonomisch, ökologisch und sozial.*" (Regierungserklärung FR 26.03.2004) Mit Hilfe von Hartz I bis IV.

Die NPD bietet nur eine rückwärtsgewandte Variante des herrschenden Nationalismus.

IX Wie gegen Nazis kämpfen?

Die Parole "*Weg mit Hartz IV - wir sind das Volk*" reicht offensichtlich nicht aus.

Wir brauchen ein konkretes Gegenprogramm wie es der Frankfurter Appell darstellt. Genau das wollen Nazis nicht.

Es ist nachzuweisen, dass die "nationalen Kräfte" Hilfskräfte des Kapitals sind, in dessen Interessen Hartz IV durchgezogen wurde.

Nazis lenken die Aufmerksamkeit vom Kapital auf Ausländer, damit sich die Lohnarbeiterinnen untereinander zerfleischen. So können sie besser vom Kapital ausgeplündert werden.

CDU/SPD/FDP usw. setzen Nazis mit Linken gleich. Nutzen die Demagogie der Nazis aus, um die Kräfte zu schwächen, die gegen das Kapital eintreten.

In Wirklichkeit sind die Gemeinsamkeiten der bürgerlichen Parteien, zu denen auch die NPD zählt, größer als ihre Widersprüche. Sie treten alle auf verschiedene Weise dafür ein, das Kapital zu stärken.

Zwischen der Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft aller Volksgenossen, d.h. der Unterdrückung aller selbständigen Interessen der Lohnarbeiterinnen, um Deutschland wieder an die Weltspitze zu bringen und dem Kampf aller Deutschen für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, geschickterweise unter Einbeziehung aller hier lebenden Ausländer, besteht kein prinzipieller Unterschied.

Nicht nur die NPD träumt von sozial verantwortlichen Unternehmern, sondern auch die jetzt schon im Bundestag vertretenen Parteien.

Nicht umsonst lebt die NPD von staatlichen Geldern im Rahmen der Wahlkampfkostenerstattung, nicht umsonst war jeder siebte NPD-Funktionär oberer Etagen ein Verfassungsschutzagent, nicht umsonst schützt die Polizei die Nazis in der Regel so sorgfältig, dass sich die Herrschaften für die gute Kooperation mit der Polizei bedanken können. Die Herrschenden wissen sehr wohl zwischen Geschwätz und Realität zu unterscheiden.

Die Nazis sind eines ihrer Mittel, um diejenigen, die durch die wachsende Verelendung unzufrieden werden, auf dem Umweg über den Nationalismus doch wieder den Verursacher der Verelendung, dem Kapital, zu unterwerfen.

Lohnarbeiterinnen, ob beschäftigt oder nicht, egal welcher Nationalität, müssen sich stärker zusammenschließen, weil sie in ihrer Existenz bedroht sind. Sie haben in allen Ländern ähnliche Probleme. Sie müssen sich in nationalem und internationalem Maßstab stärker zusammenschließen.

Sie wehren sich zu Recht dagegen, dass ihre Zukunft in wachsender Verarmung bestehen soll, obwohl ihre Arbeitsproduktivität und der von ihnen erarbeitete Reichtum ungeheuer gestiegen sind.

Das aber stellt immer stärker die Frage, was das Wirtschaftssystem insgesamt taugt.

Eine Wirtschaftsordnung, die einen wachsenden Teil ihrer produktiven Kräfte arbeitslos macht, verarmen lässt bzw. schon geschaffene Werte in immer wiederkehrenden Überproduktionskrisen und Finanzkrisenteilweise wieder zerstört, wird die Jahrhunderte nicht überdauern können.

Letztlich haben in der Geschichte nur die Eigentumsverhältnisse Bestand, unter denen sich Produktivkräfte ausreichend entfalten können.